

Zürich, 27. August 2012

KR-Nr. 225/2012

MOTION von Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) und Ralf Margreiter (Grüne, Zürich)

betreffend Weissgeldstrategie für die ZKB

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bankrat gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit die ZKB eine Weissgeldstrategie verfolgt und ausländischen Bankkunden die anonyme Abgeltung nicht anbietet.

Kaspar Bütikofer
Ralf Margreiter

225/2012

Begründung:

Die PostFinance verfolgt als Staatsunternehmen eine konsequente Weissgeldstrategie. «Wer nicht offenlegt, hat bei uns nichts zu suchen», sagte der frisch gebackene Leiter der PostFinance, Hansruedi Köng, gegenüber den Medien.

Ausländische Kunden der PostFinance werden der jeweiligen Steuerbehörde gemeldet und dürfen nicht anonym bleiben. Wer mit der Offenlegung gegenüber dem Fiskus nicht einverstanden ist, kann bei der Post kein Konto eröffnen.

Die PostFinance setzt als Staatsunternehmen Standards für andere Finanzinstitute im Besitz der öffentlichen Hand.

Die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien sehen die anonyme Abgeltungssteuer vor. Mit diesem neuen Instrument sollen die ausländischen Kunden die anfallenden Kapitalerträge in ihrem Wohnsitzland rechtskonform versteuern, ohne dass das Steueramt über den Kontohalter und dessen Vermögen etwas erfährt. Die Steuerabkommen sehen aber als Alternative auch vor, dass der Kunde freiwillig einer Meldung an seine Steuerbehörde zustimmen kann.

Die Zürcher Kantonalbank soll gesetzlich dazu verpflichtet werden, dass sie die anonyme Abgeltungssteuer nicht anbietet, so dass ausländische Kundinnen und Kunden nicht auf das Bankgeheimnis zählen können. Die Zustimmung zur freiwilligen Meldung soll die Voraussetzung bilden, damit bei der ZKB ein Konto gehalten werden kann.